

Thesenpapier zur Nationalen Industriestrategie 2030

Vorbemerkung: Das folgende Thesenpapier fasst die aus Sicht der Gewerkschaften relevanten Themenstränge zur Debatte um die Nationale Industriestrategie 2030 von BM Peter Altmaier zusammen.

Technologischer Wandel, neue digitale Geschäftsmodelle und die Anforderungen der nationalen und internationalen Klimaschutzziele führen zu weitreichenden Veränderungen in den wirtschaftlichen Strukturen und Wertschöpfungsketten. Ganze Volkswirtschaften, Regionen, Branchen und Berufszweige befinden sich im Wandel. Gleichzeitig verschärft sich im globalen Wettbewerb die Systemkonkurrenz, etwa durch Staatskapitalismus in China oder Neoprotektionismus in den USA.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier am 5. Februar 2019 seine lange erwartete nationale Industriestrategie 2030 vorgelegt. Bemerkenswert an diesem Entwurf ist, dass er eine veränderte und stärkere Rolle des Staates beschreibt. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Förderung von Basisinnovationen, dem Schutz wichtiger Schlüsselbereiche der deutschen Wirtschaft durch staatliche Beteiligungen und die Änderung von Rahmenbedingungen wie dem Wirtschafts- und Kartellgesetz.

Die Gewerkschaften begrüßen, dass mit den vorgelegten strategischen Leitlinien Industriepolitik wieder auf die Agenda der Bundesregierung gehoben wird. Das entspricht den gewerkschaftlichen Forderungen. Das Papier von BM Altmaier ist dabei ein Ausgangspunkt für weitere Diskussionen, bleibt jedoch in seinen Handlungsstrategien zu vage.

Eine Renaissance der Industriepolitik allein reicht nämlich nicht aus, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Benötigt wird ein neuer Zukunftsentwurf, der Ökonomie mit Digitalisierung, Sozialem und Ökologie zusammenführen kann. Dabei ist die Kohärenz strategischer Politikkonzepte eine wichtige Voraussetzung. In diesem Kontext muss jedoch festgestellt werden, dass die von BM Altmaier vorgelegten Leitlinien nicht mit dem derzeit diskutierten Klimaschutzgesetz in Verbindung steht und keine Antworten auf den demografischen Wandel und die damit verbundene Frage der Fachkräftesicherung bietet. Eine bessere Integration der von der Bundesregierung bearbeiteten Handlungsfelder wird deshalb dringend empfohlen.

Die folgenden Thesen bieten Ansatzpunkte dafür, wie dies aus Sicht der Gewerkschaften gelingen kann.

Industriepolitik muss den Wandel sozial-ökologisch gestalten

Das Altmaier-Papier geht richtigerweise von der Idee aus, dass freie Märkte in einigen Bereichen (Entwicklung neuer Technologien, Unternehmensentscheidungen, chinesische Investitionen etc.) nicht ausreichen und auch fehlbar sein können. Die Pfadabhängigkeit ist ein Beispiel für Marktversagen: Private Investoren schrecken zu lange vor Investitionen in Zukunftstechnologien zurück, weil diese unsicher sind und sich möglicherweise erst nach vielen Jahren refinanzieren. Handelt es sich dabei um Basisinnovationen, die für die Sicherung des Industriestandorts entscheidend sind, kann (und muss) der Staat als Innovationstreiber und Investor eine aktivere Rolle spielen. Der Bundesminister hat sich hierbei auf die drei zentralen Bereiche KI, digitale Plattformen und Batteriezellproduktion konzentriert.

Aus Sicht der Gewerkschaften darf eine aktive Rolle des Staates dabei nicht bei der reinen Technologieförderung stehen bleiben. Um den komplexen Wandel zu gestalten, muss Industriepolitik umfassender angelegt sein. Sie muss Lösungen für die drängenden Zukunftsthemen entwickeln und dabei an den gesellschaftlichen Bedarfen ansetzen. Diese Bedarfe dürfen sich nicht allein aus Marktprozessen heraus ableiten, sondern müssen sich am

Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung messen lassen. Technologieförderung muss dabei breiter im Sinne einer Innovationsförderung verstanden werden, die neben technischen auch soziale Innovationen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Umwelt und Klimawandel, Energie, Transport, Mobilität, Gesundheit und Arbeit umfasst. Zudem entstehen Innovationen in den Köpfen der Beschäftigten, die als Innovationstreiber in den Betrieben ins Zentrum gerückt werden müssen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine Industriepolitik, die den gesetzten Klimazielen und einem sozial-ökologischen Wandel verpflichtet ist, der die Sicherung der Industrie mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, der Stärkung guter Arbeit und dem ökologischen Umbau der Wirtschaft verbindet. Aktive Industriepolitik muss demnach die drei Säulen der Nachhaltigkeit (ökonomisch, sozial, ökologisch) sinnvoll miteinander verbinden und dabei Zielkonflikte lösen. Im Zentrum sollte stehen, wie Produktions- und Wertschöpfungsnetze, die eine starke Stellung der deutschen Industrie auf den internationalen Märkten sichern und einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen wie Mobilität, Gesundheit, Energiewende usw. leisten, gestaltet werden können. Wichtig ist dabei, dass nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern insbesondere auch die Produktion der daraus hervorgehenden Produkte hier erfolgt.

Die Orientierung an den genannten Themenfeldern erfordert es zugleich, die Industriepolitik in einen sektorenübergreifenden Ansatz einzufügen, der auch Dienstleistungsbranchen und deren produktive Verflechtung mit der Industrie einbezieht und stärkt.

Dimensionen des staatlichen Handelns

Der Staat hat sich in den letzten Jahren stark aus dem Wirtschaftsgeschehen zurückgezogen. Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und insbesondere die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation erfordern jedoch einen wirtschaftspolitisch starken und aktiven Staat. Damit er wieder handlungsfähig wird, ist zunächst ein anderes Grundverständnis des Staates erforderlich: ein Staat der lenkt und steuert und nicht ausschließlich moderiert.

Damit er seiner Rolle als Gestalter des sozial-ökologischen Wandels gerecht werden kann, muss der Staat seine Handlungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichsten Ebenen ausschöpfen. Aus Sicht der Gewerkschaften sollte sich staatliches Handeln auf die folgenden Dimensionen beziehen und hier jeweils wirksame Instrumente entwickeln:

- **Angebotsdimension:** In der Erschließung von neuen Technologiebereichen wie etwa der Elektromobilität kann die Privatwirtschaft die Entwicklung marktgängiger Produkte nicht alleine schultern. Eine aktive Industriepolitik muss hier eine Koordinierungsfunktion wahrnehmen und bewusst steuern. Es geht darum, die bestehenden Wertschöpfungsstrukturen durch Stärkung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit zu erhalten, zu modernisieren und auf Zukunftsfelder auszurichten. Der ökologische Umbau der Industrie und ihrer Dienstleistungen erfordert gezielte industrie- und forschungspolitische Initiativen, damit zusammenhängende Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze auch unter der Einhaltung ambitionierter Klimaziele erhalten bleiben. Der Staat kann hierzu Forschungsnetzwerke initiieren und Forschungsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Bei Technologien, die zentral für die zukünftige Wertschöpfung in Deutschland sein können, wie die von BM Altmaier verfolgte Batteriezellproduktion, können die Aktivitäten bis hin zum staatlich gesteuerten und finanzierten Aufbau neuer Produktionsstrukturen reichen. Für eine mit staatlichen Mitteln aufgebaute Batteriezellproduktion in Deutschland wäre dann aber zu überlegen, diese auf qualitativ hochwertige und umweltschonende Batterien zu konzentrieren. Das könnte ein Ansatz sein, um Deutschland zum Technologieführer in diesem

Bereich zu machen. Gerade die Chinesen zeigen uns ja gegenwärtig in Deutschland/Thüringen, dass dies möglich ist. Der DGB spricht sich jedoch für einen technologieoffenen Forschungsansatz ohne Vorfestlegungen aus. Zum Beispiel müssen Wasserstoff-Elektrolyse und Brennstoffzelle auf vergleichbare Weise gefördert werden.

- **Nachfragedimension:** Staatliches Handeln bezieht sich aber nicht nur auf die Angebotsseite. Um große Umbauprojekte wie die Verkehrswende zu forcieren, ist es daneben auch nötig, durch staatliche Maßnahmen die Nachfrage planbar zu schaffen und in die entsprechende Richtung zu fördern. Eine wichtige Steuerungsfunktion kann dabei das öffentliche Beschaffungs- und Vergabewesen spielen. Für den ökologischen Umbau des Verkehrssektors ist ein mittel- und längerfristig angelegter Plan zum Ausbau und zur Qualitätsverbesserung des Schienenverkehrs und des öffentlichen Personenverkehrs insgesamt erforderlich. Dies beinhaltet, wie im Zwischenbericht der nationalen Plattform Zukunft der Mobilität dargestellt, dass der notwendige Infrastrukturausbau mit ausreichenden Investitionen (in Schiene, Wasserstoffinfrastrukturen, Stromnetze, Produktionskapazitäten etc.) angeschoben werden muss. Für die Stimulierung der Nachfrage nach emissionsarmen Kraftfahrzeugen muss die dafür notwendige Ladeinfrastruktur verbessert werden. Verkehrswende und Energiewende sind dabei eng verknüpft. Ohne eine Energiewende wird die Dekarbonisierung des Verkehrs nicht gelingen. Hier geht es auch um den weiteren Ausbau regenerativer Energiegewinnung und von Speicherkapazitäten.
- **Know-How-Dimension:** Strukturelle Veränderungen wie Digitalisierung, nachhaltige Mobilität oder Energiewende bringen einen rasanten technologischen Wandel mit sich, der die Arbeitswelt grundlegend verändert. Um den Transformationsprozess erfolgreich voranzubringen, muss eine Qualifizierungsoffensive gestartet werden, die allen Menschen die Teilhabe an guter Erwerbsarbeit und zur persönlichen Entwicklung eröffnet. Es werden qualifizierte Fachkräfte in allen Betriebsgrößen und Branchen benötigt. Nötig sind in erster Linie bessere Bildung und Unterstützungsleistungen zur Qualifizierung von Beschäftigten, die mit neuen und auch steigenden Kompetenzerfordernissen Schritt halten müssen. Denn: ein gutes Bildungsniveau über das gesamte Arbeitsleben hinweg wird künftig immer wichtiger für eine sichere berufliche Entwicklung. Gleichzeitig ist eine Bildungsoffensive angesichts der demografischen Herausforderungen unerlässlich zur Fachkräftesicherung. Bei der Umsetzung der Bildungsoffensive ist die Politik genauso gefragt wie die Sozialpartner. Die Politik sollte dabei auf eine Weiterbildungsinfrastruktur achten, in der Abschlüsse unternehmensübergreifend vergleichbar sind. Gerade KMU spielen mit ihren Fachkräften bei der Markteinführung von innovativen und nachhaltigen Produkten, Technologien, Verfahren und Dienstleistungen eine entscheidende Rolle. Hierzu sind die jeweiligen Förderinstrumente KMU-tauglich weiterzuentwickeln. Steuerliche Forschungsförderung muss auf Unternehmen bis 500 Beschäftigte bezogen und an Kriterien guter Arbeit, insbesondere Tarifbindung, geknüpft werden. Daneben muss auch massiv in die Weiterbildung investiert werden, um Arbeitskräften, die vom Strukturwandel betroffen sind, neue Perspektiven zu bieten. Insbesondere die Unternehmen müssen durch ausgebaute Aus- und Weiterbildungsangebote das Potenzial ihrer Beschäftigten besser fördern.
- **Investitionsdimension:** Erfolgreiche Transformation erfordert massive Investitionen durch Bund, Länder und Kommunen. Investitionsschwerpunkte sind eine moderne Verkehrsinfrastruktur, eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur, ein solides ausgestattetes Bildungssystem und ausreichende öffentliche Mittel für die Forschung, Entwicklung und Innovationen. Auf all diesen Feldern sind erhebliche finanzielle Aufstockungen seitens der öffentlichen Hand unverzichtbar, um den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten. Neben der Ausgabeseite muss aber auch über die Finanzierung dieser Investitionen nachgedacht werden. Eine wichtige Reformoption, um dies zu erreichen, ist die Abkehr von der Schuldenbremse und die Wiedereinführung der

„Goldenen Regel“, dass öffentliche Nettoinvestitionen durch Kredite finanziert werden. Daneben hat der DGB zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften in seinen steuerpolitischen Eckpunkten weitere Vorschläge zur Stärkung der Einnahmenbasis vorgelegt. Während der Wirtschaftsminister nur die Unternehmen entlasten will, beschreiben die Eckpunkte des DGB einen Weg, der für eine auskömmliche Finanzierung sorgt und es gleichzeitig verhindert, dass die heute schon stark durch Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge belasteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch zusätzliche finanzielle Belastungen überfordert werden. Es darf keine Begrenzungen geben, künftig erforderliche höhere Ausgaben für die Sicherung und Weiterentwicklung des Sozialstaats durch höhere Steuern und Sozialbeiträge aufzubringen. Daneben könnte auch ein vom Bund gespeister Transformationsfonds in technologischen Schlüsselbereichen für die notwendige, langfristig orientierte Finanzierung der Investitionen in klimafreundliche Technologien und Verfahren sorgen. Dieser könnte zum einen die Anschubfinanzierung darstellen, mit der Kostendegressionen durch Skalen- und Lerneffekte einhergehen und zum anderen private Investitionen in der Folge auslösen.

- **Regulationsdimension:** Sozial-ökologischer Wandel erfordert auch eine gezielte politische Regulierung. Wichtig ist dabei, dass die einzelnen Regelungen und Instrumente kohärent sind und sich nicht widersprechen. Industriepolitik sollte hierfür Ziele setzen und Leitlinien für die soziale und ökologische Weiterentwicklung von Wertschöpfungsnetzwerken entwickeln. Sie muss aber auch Brücken schlagen, um mögliche Zielkonflikte auszutarieren. Eine industriepolitische Strategie muss sicherstellen, dass die Industrie nicht durch staatliche Eingriffe in anderen Feldern, wie der Umwelt-, Energie- oder Klimapolitik überfordert wird. Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingung so zu gestalten, dass es nicht zur schrittweisen Deindustrialisierung kommt. Auch für die energieintensiven Branchen müssen die Bedingungen so ausgestaltet werden, dass Deutschland und Europa weiterhin attraktive Produktionsstandorte sind. Nur so können die Wertschöpfungsketten in ihrer Gesamtheit hier erhalten bleiben und gute Industriearbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Deshalb muss eine kluge Industriepolitik mit einer umfassenden Carbon-Leakage-Strategie, die eine Verlagerung der Produktion ins Ausland mit geringeren Standards verhindert, verknüpft werden.

Bedeutung der Regionalpolitik aufgreifen

Industriepolitik muss zunehmend auch eine regionale Dimension berücksichtigen. Denn: die anstehenden Transformationsprozesse werden sich von Region zu Region sowie von Branche zu Branche unterschiedlich auswirken. So hat der bisherige Strukturwandel zu erheblichen regionalen Problemen geführt und dazu beigetragen, dass in allen Teilen Deutschlands wirtschaftlich starke und schwache Regionen sowie große Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und Ballungszentren bestehen. Entsprechend unterschiedlich sind die Herausforderungen für Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Strukturpolitik je nach Region, aber auch je nach Branche und Sektor.

Regionen und Branchen, die heute noch gut dastehen, könnten morgen schon von immensen Arbeitsplatzverlusten bedroht sein. Strukturelle Umbrüche müssen deshalb frühzeitig antizipiert und durch einen neuen integrierten Ansatz in der Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik gestaltet werden. Insbesondere bei politisch forcierten Strukturveränderungen – wie etwa in der Energiepolitik – ist die Regierung gefordert, mit einer aktiven Wirtschaftspolitik die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen, der Branchen und ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherzustellen. Industriepolitische Instrumente in Form einer Innovationsförderung setzen bislang häufig einseitig bei der Förderung technischer Lösungen an und zu wenig bei den Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Beschäftigte.

Für Regionen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, müssen durch eine präventive Strukturpolitik frühzeitig Zukunftsperspektiven entwickelt werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern zusätzliche industrie- und innovationspolitische Maßnahmen, die auch derzeit scheinbar wirtschaftlich gefestigte Regionen und Branchen ins Auge fassen. Dies könnte mit neuen Mitteln und Finanzierungsinstrumenten und Förderprogrammen, unter Ausweitung bestehender Innovationsfonds oder durch Investitionstätigkeiten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der europäischen Investitionsbank geschehen. Das europäische Beihilferecht muss dementsprechend angepasst werden. Zudem müssen die EU-Strukturfonds auch für Deutschland beibehalten und die GRW-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ausgebaut werden.

Beschäftigung, Gute Arbeit, Tarifbindung in der Industriestrategie berücksichtigen

Zukunftsfähige Beschäftigung muss gerade in den vom Strukturwandel betroffenen Branchen gezielt gesichert werden. Die Transformation wird große Veränderungen bringen: Arbeit und Qualifikation der Beschäftigten wandeln sich, Zulieferbetriebe drohen ins Abseits zu geraten, zugleich entstehen neue Geschäftsmodelle. Damit es in diesem Transformationsprozess nicht zu Verwerfungen kommt, sind konkrete beschäftigungspolitische Maßnahmen in Personalentwicklung und Qualifizierung erforderlich. Hier ist die Politik gefordert, klare Perspektiven und Konzepte für den Erhalt industrieller Arbeitsplätze in Deutschland zu entwickeln. Beschäftigung muss gerade in den vom Strukturwandel betroffenen Branchen z. B. durch ein Transformationskurzarbeitergeld gezielt gesichert werden.

Die Schaffung guter Arbeit ist bei der Gestaltung des Wandels ein wichtiges Zukunftsthema. Gute Arbeit muss ein Kernziel jeder Industriestrategie sein. Industriebranchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau oder die chemische Industrie können durch die digitale und ökologische Modernisierung profitieren, wenn dabei auf die Stärken dieser Branchen wie hohe Qualität, gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte und Sozialpartnerschaft gesetzt wird. Digitalisierung kann ihre Vorteile entfalten, wenn Produktivitätsfortschritte in höhere Löhne und gegebenenfalls kürzere Arbeitszeiten münden, wenn sie den Menschen ihre Arbeit erleichtert und bessere Dienstleistungen hervorbringt, anstatt Arbeit zu verdichten und Kosten zu drücken. Nur wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Wandel mitgestalten, wird er zum Erfolg führen. Betriebe mit Betriebsrat sind dabei deutlich innovativer als Betriebe ohne Betriebsrat.

Eng damit verbunden ist die Tarifbindung. Denn mit Tarifverträgen sind die Kernbedingungen der Arbeit besser als ohne: Bessere Entgelte, bessere Arbeitszeiten, sicherere Arbeitsplätze, bessere Entwicklungschancen für alle. Eine hohe Tarifbindung in der Fläche und in allen Wirtschaftsbereichen ermöglicht bessere Ergebnisse für alle und sichert ordnungspolitisch den Unternehmen gleiche Startbedingungen im Wettbewerb guter Produkte und Dienstleistungen. Von daher sollte auch der Staat Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, den Grad der Tarifbindung zu erhöhen, die Verbandsmitgliedschaft auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu stärken und die Tarifflicht zu erschweren.

Europäische Ebene

Für Deutschland ist die europäische Industriepolitik ein außerordentlich wichtiges Feld. Rund 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU, der Anteil der Importe aus der EU ist nahezu ebenso hoch. Ziel der europäischen Industriepolitik ist die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit durch überwiegend horizontale, branchenübergreifend ausgerichtete Maßnahmen. Daneben sind aber auch Initiativen zu einzelnen Sektoren, u. a. zur Fahrzeugindustrie, zur Elektrotechnik, zur chemischen Industrie und zur Luft- und Raumfahrt, ein wichtiges Element.

Viele der industriepolitischen Herausforderungen lassen sich auf der nationalen Ebene nicht lösen. Peter Altmaier hat daher mit seinen industriepolitischen Leitlinien einen Stein ins Rollen gebracht und betont, dass die im Anschluss zu erarbeitende Strategie in eine europäische Strategie integriert werden muss. Die von ihm geforderten Anpassungen zur stärkeren Berücksichtigung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im Wirtschafts- und Beihilferecht sind nur auf europäischer Ebene vorzunehmen. Sie werden vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften grundsätzlich begrüßt. Wo sich dabei monopolistische Strukturen herausbilden, muss dem aber zugleich verstärkte öffentliche Kontrolle und Regulierung gegenüberstehen.

Gleichzeitig erfordern zentrale Trends der Zukunft wie Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz, vernetzte und autonome Systeme, 5G, 3D-Druck, Normung und IT-Sicherheit und deren Relevanz für die Zukunft der Industrie eine europäische Debatte über die Anpassung der Förderprogramme und des übergreifenden Regulierungsrahmens.

Um den Strukturwandel in der europäischen Industrie sozial und ökologisch zu gestalten, schlagen die Gewerkschaften bei der Förderung industrieller Aktivitäten das grundsätzliche Prinzip „Umbau statt Neubau“ vor. So kann die Beschäftigung an den bereits bestehenden europäischen Industriestandorten gesichert und ausgebaut werden. Mehr und Gute Industriearbeitsplätze sind Voraussetzung für die Überwindung der europäischen Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften setzen sich für eine Politik ein, die einen Abbau internationaler Ungleichgewichte der Handels- und Leistungsbilanzen und den Aufbau leistungsfähiger Wirtschaftsstrukturen in allen Teilen der Erde fördert. Der Welthandel muss so gestaltet werden, dass er die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert, Mindestarbeitsnormen und Sozialstandards durchsetzt und dem ungezügeltten Spiel der Marktkräfte klare soziale und ökologische Grenzen setzt. Eine zukunftsorientierte deutsche und europäische Politik muss sich an diesen Zielen ausrichten.

Einen breiten gesellschaftlichen Dialog starten

Die beschriebenen Aktivitäten sind unabdingbare, aber noch keine hinreichenden Bedingungen für eine erfolgreiche Gestaltung des Wandels in Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Der dafür notwendige sozial-ökologische Umbau kann nicht in Expertenkreisen beschlossen und umgesetzt werden. Er wird nur erfolgreich verlaufen und breite Akzeptanz erfahren, wenn sich neben Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen demokratischen Akteuren auch die Beschäftigten und die Zivilgesellschaft über einen breiten gesellschaftlichen Dialog an seiner Gestaltung beteiligen können. Die Gewerkschaften werden sich in diesen Dialog aktiv einbringen und neben der Konsultation am 6. Mai 2019 bei BM Altmaier weitere Interventionspunkte suchen.